

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 115

23. Juni 1987

Joachim Poß MdB zu einer
Einschätzung der Südwest-
SPD: Leiden unter dem
„Kreuz des Nordens“?

Seite 1

Wolfgang Zeisig zu Geißlers
strategischen Dispositionen:
Ausgeklügelte Diffamierungs-
kampagne.

Seite 3

Dokumentation:

Der Bremer Innensenator
Volker Kröning, Mitglied der
Sicherheitspolitischen Kom-
mission beim SPD-Vorstand,
plädierte in einem Vortrag
in Ost-Berlin für eine ver-
trauensbildende Verteidi-
gung. Wortlaut

Seite 4

Leiden unter dem „Kreuz des Nordens“?

Zu einer Einschätzung der Südwest-SPD

Von Joachim Poß MdB

Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Parteirates

Im Wahlkampfjahr 1980 (und auch schon in den 70er Jahren) konnte man hören und lesen, daß die CDU-Wahlergebnisse im Norden und Westen der Republik unter dem „Kreuz des Südens“ Franz-Josef Strauß leiden würden. Da war wohl etwas dran.

Wenn man die Thesen von Dieter Spöri und Uli Maurer zu den Wahlergebnissen in Baden-Württemberg konsequent zu Ende denkt, so leidet nun der südliche Teil der SPD in wirtschaftlich prosperierenden Gebieten unter einem SPD-Bundesprofil, das von den Strukturkrisen des Nordens und Westens geprägt ist.

Die Schlagkraft der SPD wird gelegentlich durch die Pflege von Vorurteilen gegenüber bestimmten regionalen Gliederungen gemindert. Diese Feststellung zielt in alle Himmelsrichtungen. Aus der Sorge um weitere - vermeidbare - Konflikte und der Diskussion von Scheinalternativen muß man die Analyse von Spöri/Maurer über die Gründe des Nord-Süd-Gefälles bei den Wahlergebnissen einer kritischen Analyse unterziehen.

In ihrem Beitrag stellen Spöri/Maurer zu Recht fest, daß die soziale Komponente einem beträchtlichen Teil der traditionellen Arbeiterschaft und einem noch größeren Anteil der Angestelltenschaft nicht mehr als Motiv zur Wahl der SPD ausreicht. Unbestritten sollte auch sein, daß der von der SPD vertretene Sozialstaatsgedanke in Krisengebieten über größere Attraktivität verfügt, als in jenen mit fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Reicht jedoch diese Beobachtung aus, um die unterschiedliche Zustimmung zur SPD zu erklären? Heiner Geißler hat - gestützt auf eindeutiges Material - mit Recht festgestellt, daß Beschäftigte mit sicheren Arbeitsplätzen in ihrer Mehrheit die Union, Beschäftigte mit unsicheren Arbeitsplätzen dagegen mehrheitlich die SPD wählen. Dieser Tatbestand muß

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 06

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Uniper's
mit umweltlicher Rohstoffem
Recycling-Papier



von der SPD - und dazu liefern Spöri/Maurer eine nützliche Vorlage - aufgearbeitet werden. Aber auch der reicht zur Erklärung des Gefalles nicht aus.

Spöri/Maurer konstatieren neben den Defiziten im Südprofil eine gewisse Technikfeindlichkeit im Bundesprofil der SPD, wie suggeriert wird, wohl ausgehend von den nördlichen oder westlichen Parteiregionen. Dieses Erklärungsmuster ist schlicht falsch. Für das SPD-Profil in Nordrhein-Westfalen gilt jedenfalls, daß die CDU-Kampagne wegen angeblicher Technikfeindlichkeit der SPD hier weniger verfährt. Auch schlägt die CDU/CSU-Formel, wer gegen Kernenergie sei, sei auch gegen den technischen Fortschritt, in NRW offensichtlich weniger durch, als in Baden-Württemberg oder in Bayern. Es ist doch wohl so, daß zum Beispiel bei der letzten Landtagswahl in Bayern die BMW-Arbeiter von dieser - von Strauß meisterhaft demagogisch aufgebauschten Formel - sich beeindruckt ließen. Die NRW-SPD wird dagegen - auch in weiteren Bereichen aufstiegsorientierter Wechselwähler - als eine Partei angesehen, die zur Industriegesellschaft steht, auch wenn sie für den Ausstieg aus der Kernenergie eintritt. Man kennt schließlich „seine Sozialdemokraten“.

Von daher hat die NRW-SPD auch gar keine Schwierigkeiten, die vielen programmatischen Ja's dick zu unterstreichen, von denen Spöri/Maurer reden. Deshalb ist im Gegensatz zur Auffassung von Spöri/Maurer die Neigung durchaus vorhanden, auf die „programmatischen Bedürfnisse einer erfolgreichen Südstrategie“ einzugehen. Man darf schließlich nicht übersehen, daß ja gerade die baden-württembergische SPD das programmatische Profil der Bundes-SPD entscheidend mitgeprägt hat. Deshalb ist die aufgezeigte Konsequenz, daß die Bundes-SPD ökologische Handlungskompetenz nur erfolgreich vermitteln kann, wenn sie die existenziellen Umweltfragen sichtbar mit positiven technologiepolitischen Perspektiven verbindet, auch aus der Sicht der Nord- und West-SPD richtig.

Wenn also zum Beispiel die NRW-SPD keine Nachhilfe im ausdrücklichen Bekenntnis zu den großen technologiepolitischen Ja's benötigt, kann es dann vielleicht sein, daß Spöri/Maurer über den Verweis an andere Regionen eine Botschaft an die eigene Partei (beziehungsweise Teile davon) richten wollten? Ist es also nicht doch in erster Linie das Süd-West-Profil, das sich stärker - und vermittelt durch intensive Vertrauensarbeit - ins Wählerbewußtsein eingraben muß?

(-/23.6.1987/vo-he/rs)

* * *



Ausgeklügelte Diffamierungskampagne

Zu Geißlers strategischen Dispositionen

Von Wolfgang Zeisig

Die Union will, so Heiner Geißler, auch in der Zukunft behaupten, daß sich in der Bundesrepublik zwei festgefügte Lager gegenüberstehen: Auf der einen Seite das konservativ/liberale aus CDU/CSU und FDP und auf der anderen Seite das rot/grüne aus SPD und Grünen. Was Geißler „Lagerkampagne“ nennt, ist in Wirklichkeit eine ausgeklügelte Diffamierungskampagne, die an ähnliche frühere Kampagnen anschließt.

Ziel der Unionsstrategie ist es, die Handlungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der eigenen Partei dadurch zu dokumentieren, daß dem politischen Gegner das Gegenteil vorgeworfen wird. Dazu wird behauptet, daß die SPD im Schlepptau der Grünen handlungsunfähig und unzuverlässig ist.

Seit Adenauer, vor allem auch in den 70er Jahren, haben die Unionsparteien mit einer entsprechenden Strategie versucht, die SPD mit den Kommunisten in Verbindung zu bringen. An die Stelle der Kommunisten sind nun weitgehend die Grünen getreten, die von Geißler wiederum - jedenfalls teilweise - mit Kommunisten identifiziert werden. So soll der SPD von außen ein Profil aufgedrungen werden und die SPD muß aufpassen, daß sie nicht Wasser auf die Mühlen dieser Unionsstrategie leitet, indem sie beispielsweise eine unüberlegte Bündnisdiskussion führt.

Wenn man auf der anderen Seite fragt, was das von Heiner Geißler ausgemachte konservativ-liberale Lager politisch eigentlich will, so wird man kaum fündig. Angesichts der Vielfalt der gesellschaftlichen Probleme in einer Zeit des Umbruchs haben die Konservativen nicht etwa Konzeptionen vorgelegt, sondern geben simple Antworten. Kohl, Blüm und Walimann (nicht Biedenkopf) personifizieren diese simplen Antworten. Politische Führung erschöpft sich im wesentlichen in Vertrauenswerbung. Kurz: Den komplizierten Verhältnissen versucht man mit einfachen Antworten und Vertrauenswerbung zu begegnen.

Dessen ungeachtet: Der Kern konservativer Politik bleibt nach wie vor die Reduzierung des Sozialstaates. Dieses Ziel wird aber „semantisch“ vernebelt und als Kampf gegen die Gängelung des Bürgers durch den Staat und als Kampf für die Freiheit des einzelnen ausgegeben. Was Heiner Geißler in diesem Zusammenhang an Semantik erfand, wird von Graf Lambsdorff heute in radikaler Form aufgegriffen.

Erklärtes Ziel der Konservativen ist es, das gesellschaftliche Leben zu „entpolitisieren“. In der Tat: Das Politikverständnis von CDU/CSU und FDP ist heute auf einem Tiefpunkt angekommen, und es wäre nicht verwunderlich, wenn die Bevölkerung darauf mit wachsender Abneigung gegenüber Politik reagieren würde.

(-/23.6.1987/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATIONVolker Kröning: Plädoyer für vertrauensbildende Verteidigung

Der Bremer Innensenator Volker Kröning hielt am 22. Juni vor dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Ostberlin auf dessen Einladung einen Vortrag zum Thema „Sicherheitspolitische Probleme beider deutschen Staaten - Ein Beitrag zur Diskussion gemeinsamer Lösungsmöglichkeiten“. Wir dokumentieren aus dem Vortrag von Kröning, der seit 1984 Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Vorstand in Bonn und seit 1987 zusätzlich Mitglied der vom Parteivorstand der SPD eingesetzten Arbeitsgruppe „Stabilität in Europa - Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit in Ost und West“ ist, jenen Teil, in dem der Verfasser für eine vertrauensbildende Verteidigung plädiert.

„Vertrauensbildung als wesentliches militärisches und politisches Mittel zur Vertiefung und Verbindung gleicher Interessen ist ein Ergebnis auf Dialog angelegter Politik und zugleich eine Voraussetzung für die von dieser Politik angestrebten Ziele. Diese Ziele und die nächsten Schritte müssen offengelegt werden, wenn die Politik erfolgreich sein soll. Die bestimmende Zieldefinition des KSZE-Prozesses ist geworden, die Risiken und Kosten der Rüstung zu senken, die materiellen und ideellen Ressourcen, die sie bindet, in andere Aufgaben zu lenken und Zusammenarbeit und Interessenausgleich auf nicht-militärischen Gebieten zu fördern. Die nächsten Schritte müssen in der praktischen Bewährung der neuen, konkreten vertrauensbildenden Maßnahme und in einem Mandat zu weiteren Beschränkungen der militärischen Mittel bestehen, die Unsicherheit abbauen und Sicherheit erhöhen.

Ich schlage deshalb einen Paradigma- und Methodenwechsel vor von ‚Vertrauensbildenden Maßnahmen‘ zu ‚Vertrauensbildender Verteidigung‘, von Verhandlungspolitik, die - noch so initiativ und ideenreich - unter dem Zwang steht, den Konsens an den Anfang stellen zu müssen, zu einer Politik selbständigen Handelns, die zu allererst eigenem Interesse folgt, sich nicht von gleichwertiger Reaktion abhängig macht, aber vertrauensbildende Signale abgibt, die durch eine Vielfalt von Informationskanälen über die Blockgrenzen hinweg nachvollziehbar wird und deren Ergebnisse nach Wunsch sanktioniert werden - eine Politik, die durch Verhandlungen nicht ersetzt, sondern ergänzt wird. Ich meine, nur in der Verteidigungsstruktur angelegte vertrauensbildende Signale und deren positive Beantwortung werden jenes Vertrauen hervorbringen, das durchgreifenden Erfolg der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik verspricht.

Vertrauensbildende Verteidigung nimmt das Interesse an Steuerung der Aktivitäten und der Potentiale der bisherigen - überwiegend ergebnislosen - Politik der Rüstungskontrolle auf, sucht die Erweiterung des Ansatzes vertrauensbildender ‚Maßnahmen‘ durch vertrauensbildende ‚Strukturen‘ und leitet einen ‚Strukturwandel der Verteidigung‘ ein. Geht es um Kriegsverhinderung durch Verteidigungsstrukturen, die selbst im Fall einer Krise nicht als bedrohlich empfunden werden können, und für den Fall, daß es trotz konflikthemmender Strukturen zu einer offenen militärischen Auseinandersetzung kommt, um Schadensminderung durch eine Verteidigung, die Eskalationskalküle unsinnig macht, dann muß der anderen Seite nicht nur das Motiv, sondern auch die Gelegenheit für einen militärischen Schlag genommen werden.

Eine vertrauensbildende Verteidigungsstruktur, die gerade unter Bedingungen gestörter Kommunikation nicht provokativ wirkt und zugleich keine lukrativen Ziele bietet, das heißt nicht zur Präemption einlädt, dient vor allem der Abkoppelung vom Wechselspiel der Bedrohung und beansprucht damit nicht nur kriegsverhindernde Wirkung, sondern auch den Ausstieg aus dem risikoreichen und kostenträchtigen Wettrennen. Zielarmut und Neutralisierung gegnerischer Angriffsoptionen und Verzicht auf eigene grenzüberschreitende Missionen zu Land, auf See und in der Luft erhöhen sowohl die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsstruktur nach innen und nach außen als auch



die Chance, die unausweichlichen - ja schon eingetretenen - personellen und finanziellen Probleme der Verteidigung zu lösen. Standfestigkeit und Stabilität der Verteidigung ist längst nicht mehr nur ein sicherheitspolitisches, sondern ein gesamtpolitisches Gebot für beide Seiten.

Der Abbau von Atomwaffen und die Beschränkung ihrer Aufgaben, die - aus welchen Interessen und mit welcher Begründung auch immer - bereits ins Auge gefaßt ist, zwingen die amtliche Politik zu einer Antwort auf die Frage, ob und wie die konventionelle Verteidigung wirksam bleiben könne. Abgesehen davon, daß Atomwaffen zum Ausgleich angeblicher Schwächen konventioneller Verteidigung immer schon unsinnig waren - was sich jetzt zeigt, da die Abrüstungspolitik der Verteidigungspolitik davoneilt - erheischen jene, die offizielle Diskussion beherrschende Frage und unsere Frage nach der Förderung von Vertrauensbildung durch die Art der Verteidigung eine einheitliche Antwort: Sie ist abhängig von einer nüchternen Einschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses und erfordert den Entwurf einer kriegsverhindernden, schadensmindernden, kosteneffektiven Verteidigung ohne Massenvernichtungsmittel. Die Antwort kann kein Staat dem anderen abnehmen.

Spezialisierung auf Defensive ist jedoch weder innerhalb noch außerhalb der Bündnisse im Alleingang möglich. Im Gegenteil: Eine stabile und sozialverträgliche Verteidigung bleibt ein Interesse, das Führungsmächte, mittlere und kleine Verbündete und gerade die Großmächte und die Staaten, die an der Grenze zwischen den Bündnissen liegen, am stärksten verbindet. Wenige, nur noch der Minimalabschreckung dienende Atomwaffen und Ressourcenengpässe aller Bündnisstaaten werden zu mehr Arbeitsteilung, Differenzierung und Schwerpunktbildung der nationalen Verteidigungskräfte führen. Eine nach Reduzierung der Atomwaffen denkbare Truppenverminderung der Großmächte in Zentraleuropa wird den Zwang zur gemeinsamen Umorganisation der grenznahen Verteidigung auf Seiten beider Bündnisse erhöhen. Dies ist unter einem Regime gemeinsamer Sicherheit, das Vertrauensbildung bezweckt und betreibt und dessen Basis wechselseitige Kommunikation ist, kein Nachteil, sondern ein Vorteil, weil es Anreize blockübergreifender Umorientierung schafft.

Von besonderer Bedeutung für die Transparenz vertrauensbildender Verteidigung sind dabei aufgrund ihrer geografischen Lage und ihrer vielfältigen Kontakte untereinander und zu ihren Nachbarn die beiden deutschen Staaten. Europäisierung der Verteidigungspolitik ist auf ein- und beidseitigen Strukturwandel der Verteidigung gerichtet. Angesichts der Zwänge und Interessen, die zur Wiedernäherung der Großmächte geführt haben, sind Einsprüche von ihrer Seite gegen eine Leitfunktion der Staaten in der Mitte Europas nicht zu erwarten, wenn der sicherheitspolitische Rahmen der Umorganisation der Verteidigung für beide Seiten anerkannt bleibt. Dieser Rahmen besteht nach wie vor und mehr denn je im Nordatlantikpakt, im Warschauer Pakt und in der KSZE.

Eine vertrauensbildende Verteidigung, die auf konsequente Defensive setzt, darf sich schließlich nicht - in Anlehnung an Disengagement-Konzepte - auf bloßes Zurückziehen der konventionellen Potentiale einlassen. Gepanzerte, mechanisierte Großverbände bieten, gleich wo sie disloziert sind, lohnende Ziele; in Krisenzeiten haben Bewegungen in verdünnte Räume einen anheizenden Effekt. Die andere Seite hätte keine Garantie, daß die Verbände an der Linie haltmachen, und könnte versucht sein, dem Aufmarsch durch Zerschlagen der Verbände zuvorzukommen. Bei Kaderung der Verbände wäre das Risiko der Präemption sogar eher noch größer als geringer; noch früheres Zerschlagen - nämlich vor dem Auffüllen der Einheiten - würde interessant werden. Ebensovienig darf eine Defensivstruktur eine derartige Ansammlung von Feuerkraft an der Grenze schaffen, daß sie, wenn sie im ersten Anlauf nicht zu brechen ist, einen Anreiz zu weiterer Eskalation bietet.

Eine zielarme, nicht-provokative Verteidigung muß deshalb ein gemischtes System sich überlagern-der mobiler und statischer Elemente sein, das weder die Integration des eigenen Territoriums aufs Spiel setzt, noch den Gesichtspunkt der Vorneverteidigung überzieht. Das relative Gewicht der einzelnen Elemente und ihre Verknüpfung sind von entscheidender Bedeutung für eine einfache, für einen Aggressor nicht überwindbare Abhalte-Verteidigung.

Für die Zukunft des KSZE-Prozesses und eine Politik, die sich von dem Gebrauch militärischer Mittel emanzipiert, ist es entscheidend, daß Vertrauensbildung nutzbar gemacht wird für den Fort-



schritt der Ost-West-Politik insgesamt und dazu die anderen Themen und Projekte des multilateralen Prozesses weitergeführt werden. Dies bedeutet kein Junktim, ist jedoch für die Verstärkung der Kooperation und die Absicherung des Prozesses gemeinsamer Sicherheit gegen widerstreitende Interessen von größter Bedeutung.

Hinsichtlich des Korbes 2 geht es vor allem darum, die Durchführung bestehender Vereinbarungen zu erleichtern. Ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit erfordern den Abbau bürokratischer Hemmnisse und den Verzicht auf Aussparung von Themenbereichen, mit denen bestimmte Sicherheitsinteressen verbunden werden - wie der Zusammenarbeit auf technologischen Gebiet. Energieversorgung und Umweltschutz sind aktuelle Beispiele der Zusammenarbeit im Bereich des Korbes 2. Auch und gerade auf diesem Feld müssen ökonomische und gesellschaftliche Systemunterschiede zwischen Ost und West kein Hindernis für Zusammenarbeit sein, wie der Austausch neutraler und nichtpaktgebundener Staaten mit beiden Seiten beweist.

Noch mehr gilt dies freilich für Korb 3. Betonung praktischer Verbesserungen auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte ist keine ideologische Kriegsführung, sondern eine wesentliche Grundlage einer künftigen europäischen Friedensordnung. Eine Einengung auf das Thema der Menschenrechte wäre jedoch ebenso unangebracht wie seine Vernachlässigung im Bereich des Korbes 3. Bei allen politischen Unterschieden bedarf jede Seite der Legitimierung ihrer Politik nach Innen und nach außen. Die wesentliche Funktion grenzüberschreitender Kommunikation für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit ist nicht nur in der Schlußakte von Helsinki anerkannt, sondern auch im Stockholmer Dokument bekräftigt worden. Vor allem kulturelle Kontakte und Projekte zwischen Ost und West sollten gefördert werden; keine Seite braucht die ideologische Debatte zu scheuen.

War die Entstehung der Entspannung im wesentlichen den Großmächten zu verdanken, wäre die Bewältigung ihrer Krise nicht möglich gewesen ohne die Beharrlichkeit und den Pragmatismus der Europäer. Dies gilt vor dem Hintergrund der Einheit des KSZE-Prozesses besonders für die Beachtung des territorialen und politischen status quo in Europa und die Handhabung des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der anderen Seite. Offenheit der Diskussion und Verzicht auf Subversion bedingen sich gegenseitig, ebenso wie europäische Verantwortung und Loyalität in den Bündnissen. Dies muß auch und gerade im deutsch-deutschen Verhältnis klar sein.

Im selben Maße sehe ich Chancen zwischen den beiden deutschen Staaten, die unterschiedlichen Gesellschafts- und Bündnissystemen angehören, ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit auszubauen und den Austausch auf anderen Feldern zu intensivieren.

Vordringlich ist dabei die Ausweitung der klassischen Deutschlandpolitik um gemeinsame Sicherheitspolitik im europäischen Rahmen. Vor allem über Ziele und Übergangsmodelle eines Strukturwandels der Verteidigung muß gesprochen werden - wenn nicht allein zwischen den beiden Staaten, dann jedenfalls in einem gemeinsamen Gremium des weiteren KSZE-Prozesses. Der Überschneidungsbereich zwischen Vertrauensbildung als Instrument für Rüstungskontrolle und für Wandel der Verteidigungsstrukturen sollte eine blockübergreifende Institutionalisierung finden.

(-/23.6.1987/vo-he/rs)

* * *

